



# DIE LINKE.

## Bezirksverband Hamburg Mitte

**Mai 2010**

### Einladung

Liebe Genossinnen und Genossen,  
wir laden herzlich ein zu einem

**Mitgliedertreffen  
am Mittwoch, den 26.5., 19 Uhr  
Im Fraktionsbüro, Borgfelder Straße 83.**

Schwerpunkt Bildung sowie Nachbereitung  
Bundesparteitag und Besprechung Themen-  
fahrplan für den Bezirk

Zum **Themenfahrplan:**

Folgende Themengebiete sollten gemäß der Vorla-  
ge vom März terminiert und behandelt werden:

#### **Bildung**

- Kampf für eine Schule für Alle, Kampagne gegen das dreigliedrige Schulsystem
- Für die Gebührenfreiheit des Studiums
- Uni bleibt!

#### **Demokratische Gestaltung des öffentlichen Lebens**

- Hintergründe und Zusammenhänge der Gentrification sowie Stadtteilübergreifende Koordination des Widerstandes dagegen
- Gegen Elitekultur (Elbphilharmonie), Luxus-Viertel (Hafen-City), gegen Stadtteilgestaltung im Kapitalinteresse (IGS/IBA)
- Gestaltung von Stadtentwicklung und öffentlichem

Leben mit dem Ziel der Teilhabe aller  
- Gegen weitere Privatisierung und für  
Rekommunalisierung der öffentlichen Dienste

#### **Friedenspolitik**

- Friedensstadt als Gegenkonzept zu Kriegsstadt Hamburg (Blohm+Voss, Bundeswehreinrichtungen, Tamm-Museum, etc.)
- Beendigung des Krieges, Abzug der Truppen aus Afghanistan
- Tamm-Museum

#### **Soziale Lage**

- Kampf gegen Massenerwerbslosigkeit, Wohnungsnot, Verarmung und Hoffnungslosigkeit
- Entwicklung einer gemeinsamen Perspektive in den wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen

#### **Anti-Faschismus**

- Gleiche Rechte für alle Menschen, gegen jede Form von Rassismus, Nationalismus  
Diskriminierung und Ausgrenzung
- Für einen Kampf gegen Rechts und für das Verbot der NPD
- Für Solidarität, Demokratie und Kultur

#### **Parteileben**

- Vor- und Nachbereitung der Landes- und Bundesparteitage
- Führung der programmatischen Debatte

**Redaktionsschluss** für die Juni-Ausgabe:

**Montag, 07.06.2010**

Es gilt weiter: Schreibt massenhaft! Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadressen** sind:

Tilman Rosenau [Tilman.Rosenau@tele2.de](mailto:Tilman.Rosenau@tele2.de)

Bernhard: [stietz-leipnitz@t-online.de](mailto:stietz-leipnitz@t-online.de)

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz, Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

#### **Inhalt**

Einladung	S. 1
Kämpfen für die Primarschule	S. 2
Schulkampf hat begonnen	S. 3
Bildung 1: Griechenland	S. 3
Hartz IV-Urteil: Sonderbedarf	S. 4
BMV 29.4. Ergebnisse	S. 5
Fraktionsversammlungsklausur	S. 7
Strangulierung der Bezirke	S. 7
Bildung 2: Griechen und 68	S. 9
Flugblatt zum 8. Mai	S. 10
Termine/Kontakt	S. 11

## Kämpfen für die Primarschule!

Es ist noch nicht so lange her, da haben wir und viele reformorientierte Menschen in Hamburg eine Niederlage beim Volksentscheid „Eine Schule für alle!“ einstecken müssen. Nun geht es wiederum um einen Volksentscheid, der am 18. Juli die Weichen des hamburgischen Schulsystems für die nächsten Jahre stellen wird. Dabei geht es im Kern um die Einführung der sechsstufigen Primarschule, die aus unserer Sicht wenigstens einen Einstieg in die dringend überfällige Schulreform darstellte. Doch die Gegenkräfte um die Vorortinitiative eines Herrn Scheuerl mobilisieren alles, was Beine hat. Man glaubt es nicht, aber selbst eine Handvoll Ärzte haben dieser Tage erklärt, sie lehnten die Primarschule ab, weil damit „Standortnachteile“ zu befürchten seien... Aber es sind nicht nur die elitären VertreterInnen der Oberschicht, die ihr Bildungsprivileg zementieren wollen. Auch viele Eltern sind angesichts des realen Schulalltags und der nur halbherzig angepackten Reform genervt und enttäuscht. Und zu allem Überfluss erklärt der Senat auch noch, 30 Millionen Euro im Kitabereich wegzustreichen und damit die Gebühren für einen größeren Teil der Elternschaft deutlich zu erhöhen.

Die Kampagne zur Unterstützung der Primarschule findet zurzeit nicht gerade in der günstigsten Situation statt. Machen wir uns aber nichts vor, sollte der Volksentscheid für das gemeinsame Lernen in den ersten sechs Klassen negativ ausfallen, sollten also die Scheuerls obsiegen, dann können wir uns grundlegende Verbesserungen im Schulsystem in den nächsten Jahren abschminken. Womöglich nicht nur in Hamburg, denn in vielen Bundesländern wird sehr genau auf die Abstimmungsverhältnisse in Hamburg geachtet!

Um so notwendiger ist es, in den kommenden Wochen das Steuer herumzureißen und für eine andere, für eine Pro-Primarschul-Atmosphäre in unserer Stadt Sorge zu tragen. Bei ausreichender Mobilisierung der Menschen gerade in den benachteiligten Quartieren des Bezirks Hamburg Mitte bräuchten wir uns von den paar BlankeneserInnen nicht bange machen lassen. Darum wäre es wichtig, möglichst im Monat Mai noch einmal alle Kräfte anzuspannen, unseren Beitrag zur Unterstützung der Primarschulkampagne zu leisten. Es sieht ganz danach aus, dass ohne DIE LINKE. eben diese Mobilisierung nicht erfolgt. Wir schlagen deshalb vor, baldmöglichst ein gut gestaltetes,

auf den Kern der Auseinandersetzung reduziertes Material herzustellen und in großer Auflage in möglichst vielen Stadtteilen des Bezirks zu verteilen.

Wir stehen mit dem Volksentscheid längst nicht nur vor einer bildungs-, sondern vor einer großen gesellschaftspolitischen Herausforderung. Jetzt heißt es, die vielen Menschen dafür zu gewinnen, dass sich wenigstens ein bisschen mehr Chancengleichheit in den Hamburger Schulen einstellt.

Zu den bereits angekündigten oder geplanten Aktivitäten in den kommenden Wochen ist noch folgendes anzumerken. Einzelne Parteilgruppen haben mit der Plakatierung und Durchführung von Veranstaltungen bereits begonnen, in der kommenden Wochen wird auch die von den Bürgerschaftsparteien getragene Initiative der „Schulverbesserer“ optisch in Erscheinung treten. Im Laufe des Monats Mai wird es auch an rund 80 Schulen Informationsabende der Behörde geben, an denen über die geplanten Veränderungen aufgeklärt werden soll. Die Aktionshöhepunkte sind dann ein Schüleraktionstag am 3. Juni und eine Großdemonstration am 5. Juni. Sie findet unter dem Motto „Schulverbesserer-Parade für längeres gemeinsames Lernen in der Primarschule!“ statt, nimmt ihren Ausgang um 12 Uhr auf der Moorweide und endet gegen 15.30 Uhr auf dem Rathausmarkt – sicher einer der am längsten dauernden und hoffentlich auch größten Umzüge der letzten Jahre überhaupt. Der Termin für den Volksentscheid ist der 18. Juli. Da aber die Schulferien bereits am 8. Juli beginnen, ist damit zu rechnen, dass insbesondere viele Eltern per Briefwahl abstimmen; die entsprechenden Unterlagen werden am 6. Juni verschickt.

Informationsmaterialien wird es in den kommenden Wochen sicher zuhauf geben. Wer einen Zugang zum Internet hat, findet reichlich Hinweise unter [www.schulreform-check.de](http://www.schulreform-check.de) und [www.die-schulverbesserer.de](http://www.die-schulverbesserer.de). Auch unsere Bürgerschaftsfraktion hat jetzt eine informative Website eingerichtet: [www.linksfraktion-hamburg.de/politik/linke\\_fuer\\_primarschule/](http://www.linksfraktion-hamburg.de/politik/linke_fuer_primarschule/) Für etwaige Diskussionen von Stadtteilgruppen oder auch öffentliche Veranstaltungen stehen wir oder auch BildungspolitikerInnen der LINKEN gerne zur Verfügung. Planungen sollten aber umgehend angegangen werden, um das Stadtbild und auch die Diskussion maßgeblicher zu prägen, als uns das bisher gelungen ist. *Joachim Bischoff/Michael Joho*

## Schulkampf hat begonnen!

Jetzt sieht man sie schon im Straßenbild in Mitte, die Plakate der Bürgerschaftsfraktion „Gemeinsam länger lernen!“ Die Partei hat die Sichtwerbung für die Volksabstimmungskampagne pro Primarschule als erste der vier Bürgerschaftsparteien aufgenommen. Erste interne Veranstaltungen haben in St. Georg und besonders auf St. Pauli schon stattgefunden. Der „wilde Osten“ und die HaHoBo- Gruppe sind mittlerweile auch im Straßenbild präsent und auf der Elbinsel wird es auch bald los gehen. Die Stadtteilzusammenhänge in der Bezirksorganisation Hamburg-Mitte stehen, wie man früher vielleicht gesagt hätte. Das ganze ohne unseren Bezirksvorstand, basisorganisiert, so kann es weiter gehen! Damit ist Mitte eingereicht in die Bezirke, die organisatorisch was wuppen und das auch auf einer Ebene tun, die die Parteientwicklung voranbringt, nämlich ganz unten in den Stadtteilen. Können wir uns auf die Schultern klopfen, meine ich.

Jetzt heißt es dann für die landesweite Steuerungsgruppe, uns Veranstaltungshinweise für's Einkleben bereit zu stellen, denn erst ab dem 23. dürfen wir ohne Veranstaltungsankündigung unsere A0- und A1-Ständer für die Straßenagitation nutzen. Dann wohl – bei aller Kritik der Partei an der Schulgesetznovelle – vor allem mit den Plakaten der Pro Schulreform-Allianz. Aber auch das Material für die

Straßenverteilung wird jetzt zu erstellen sein und da muss sich unsere Partei auch auf ein Klientel einstellen, welches zum Teil meint, das betreffe sie nicht mit der Primarschule bzw. sei egal, weil sie ansonsten den politisch Herrschenden auch egal seien. Unsere objektive Aufgabe wird es sein, auf der Elbinsel und im Hamburger Osten die Leute an die Urnen zu kriegen für dieses Türaufstoßen hin zu längerem gemeinsamen Lernen für den Großteil der Kinder! Nicht viel, bedenkt man, dass wir ja die eine Schule für alle wollen, aber wenn's nicht gelingt, dann wird an der Schulfront eher Friedhofsruhe sein für lange Zeit. Das ist nicht in unserem Interesse!

Ich hoffe, wir kriegen im Bezirk noch die eine oder andere Veranstaltung hin und vielleicht eine gemeinsame Flug-Verteilung im Osten und Süden des Bezirkes. Übrigens: Man kann auch die behördlichen Veranstaltungen in diversen Schulen nutzen, um unsere Argumente unters Volk zu bringen! Wir in St. Georg machen außerdem als Einzelpersonen auch noch bei einer überparteilichen Einwohnerinitiative Pro-Primarschule mit und wollen dort auch finanziell unterstützen. Für weitere Infos schaut auf die Internet-Seite der Landespartei oder geht mal im Kreuzweg 7 in den 3.Stock ins Parteibüro.

Volker Honold, St. Georg

---

Liebe Genossinnen-und Genossen,  
liebe Bildungsinteressierte,  
aus aktuellem Anlass laden wir Euch herzlich zu unserer Veranstaltung ein:

### **Die Krise in Griechenland und des Euro-Systems.**

### **Welche Alternativen haben die europäischen Linken ?**

#### **mit Joachim Bischoff**

Das hochverschuldete Griechenland ist einerseits ein Sonderfall und andererseits auch ein allgemeiner Typus einer kapitalistischen Ökonomie, die tief in einer Schuldenkrise steckt.

Die EU und der Währungsfonds haben mitten in der anhaltenden großen Weltwirtschaftskrise ein brutales Umverteilungsprogramm durchgesetzt; es droht eine Depression, die den gesamten Euro-Raum erfassen kann.

Zahlreiche Schuldenkrisen der jüngeren Geschichte haben allerdings gezeigt, dass ein Land sich aus seinen Schulden nicht heraus sparen, sondern nur herauswachsen kann.

Gleichzeitig wächst die Sorge vor einem Übergreifen der Schuldenkrise auf andere europäische Länder:

Neben Portugal gerät auch Spanien zunehmend in Bedrängnis.

Was tun gegen die Spekulanten, die ganze Länder in den Abgrund reißen können?

Darüber wollen wir mit Euch diskutieren:

**Dienstag, 25.5.2010**

**18:30 Uhr, Georg-Asmussen-Haus (Saal)**

**Böckmannstraße 3/ St. Georg**

Beste Grüße!

Regine Brüggemann/Hartmut Obens

## **Hartz IV – Urteil des Bundesverfassungsgerichts: In Härtefällen besteht Anspruch auf Sonderbedarfsleistungen!**

von Karsten Strasser

### **I. Die wesentlichen Inhalte des Hartz IV – Urteils vom 9.2.2010**

Das Bundesverfassungsgericht hatte über eine Vorlage des Hessischen Landessozialgericht und über zwei Vorlagen des Bundessozialgerichts zu der Frage zu entscheiden, ob die Höhe der Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts für Erwachsene und Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Die Verfassungsrichter hatten insbesondere zu prüfen, ob die Regelleistungen mit Art. 1 Abs. 1 (Menschenwürde), Art. 3 Abs. 1 (Allgemeiner Gleichheitssatz), Art. 6 Abs. 1 (Schutz der Familie) und Art. 20 Abs. 1 (Sozialstaatsgebot) des Grundgesetzes vereinbar sind.

Grundsätzlich stellte das Verfassungsgericht klar, dass aus dem Grundrecht der Menschenwürde und dem Sozialstaatsgebot der Verfassung ein Grundrecht auf die Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums abzuleiten ist. Die Richter stellten fest, dass den Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zugestanden seien, die „für ihre physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind.“ Bei der Aktualisierung und Konkretisierung stehe dem Gesetzgeber ein Gestaltungsspielraum zu. Bei der Ermittlung des Anspruchsumfangs habe der Gesetzgeber alle existenznotwendigen Aufwendungen in einem transparenten und sachgerechten Verfahren realitätsgerecht sowie nachvollziehbar zu bemessen. Die Deckung des typischen Bedarfs zur Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums durch einen monatlichen Festbetrag erklärten die Richter für verfassungsgemäß. Für einen darüber hinausgehenden unabweisbaren, laufenden, nicht nur einmaligen Sonderbedarf muss der Gesetzgeber einen zusätzlichen Leistungsanspruch einräumen.

Das Bundesverfassungsgericht kam zu folgenden Ergebnissen:

- Die betragsmäßige Höhe der Regelleistung für allein stehende Erwachsene ist nicht evident verfassungswidrig.
- Die Berechnung der Regelleistung für Kinder bis zum 14. Lebensjahr durch einen pauschalen Abschlag von 40 % vom Re-

gelsatz für Erwachsene genügt den verfassungsrechtlichen Anforderungen nicht. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Ihr Bedarf hat sich neben den kindlichen Entwicklungsphasen auch daran auszurichten, dass es nicht zum Ausschluss von Lebenschancen kommt.

- Die Berechnung der Regelleistung für allein stehende Erwachsene ist ebenfalls verfassungsrechtlich fehlerhaft: Bei der Berechnung des Regelsatzes auf Grundlage der Einkommens- und Verbraucherstichprobe 1998 sind prozentuale Abschläge für Luxusgüter (nicht regelleistungsrelevante Güter und Dienstleistungen) vorgenommen worden, obwohl nicht feststand, ob das untere Fünftel der Einpersonenhaushalte überhaupt derartige Ausgaben getätigt hat. Derartige Schätzungen „ins Blaue hinein“ stellen keine realitätsgerechte Ermittlungsmethode dar.
- Der Gesetzgeber muss bis zum 31.12.2010 die Regelleistung für die Zukunft neu festsetzen. Zu einer rückwirkenden Erhöhung der Regelleistung ist er nicht verpflichtet.
- Zur realitätsgerechten Fortschreibung des Existenzminimums ist die Entwicklung des aktuellen Rentenwerts kein verfassungskonformer Maßstab.
- Das SGB II verstößt in einer weiteren Hinsicht gegen das Grundgesetz: Es sieht keine Leistungen für solche dauerhaften atypischen Bedarfe (Sonderbedarfe), die den Festbetrag der Regelleistung übersteigen und deren Deckung zur Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums erforderlich ist vor. Der Gesetzgeber hat die Sonderbedarfe bis zum 31.12.2010 gesetzlich zu regeln. Nach Maßgabe der Urteilsgründe können bis dahin Sonderbedarfsleistungen unmittelbar aufgrund des Sozialstaatsgebots geltend gemacht werden.

### **II. Anspruch auf Sonderbedarfsleistungen unmittelbar aus dem Sozialstaatsgebot**

Sonderbedarfsleistungen können ab sofort bei der Hamburger Arbeitsgemeinschaft SGB II beantragt werden. Eine Geschäftsanweisung der Bundesagentur für Arbeit vom 17.2.2010 (Geschäftszeichen: SP II – II –

1303/7000/5215), die bis zum in Kraft treten entsprechender Änderungen des SGB II gilt, nennt in einer nicht abschließenden Aufzählung insbesondere folgende Anwendungsfälle:

- Nicht verschreibungspflichtige Arznei- und Heilmittel
- Putz-/Haushaltshilfe für Rollstuhlfahrer
- Kosten zur Wahrnehmung des Umgangsrechts, d.h. Kosten, die einem geschieden oder getrennt lebenden Elternteil regelmäßig aufgrund der Wahrnehmung seines Umgangsrechts mit seinen Kindern entstehen können.
- Nachhilfeunterricht

Hat eine Leistungsempfängerin/ein Leistungsempfänger bereits vor dem Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichts am 9.2.2010 eine Sonderbedarfsleistung beantragt und ist die Ablehnungsentscheidung noch nicht rechtskräftig geworden, ist die Gewährung im Einzelfall auch rückwirkend ab Antragsstellung möglich (Bundessozialgericht, Az.: B 4 AS 29/09 R, vgl. auch Neues Deutschland vom 17.3.2010, ND-Ratgeber, Seite 2).

Vielen Hartz IV–EmpfängerInnen ist noch nicht bekannt, dass sie jetzt zusätzlich Sonderbedarfsleistungen beantragen können. Nach § 13 des Sozialgesetzbuches - I. Buch. Allgemeiner Teil – (SGB I) ist die Hamburger Arbeitsgemeinschaft SGB II aber dazu verpflichtet, die Hilfebedürftigen über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären.

DIE LINKE. in der Hamburgischen Bürgerschaft wird daher beantragen, dass der Senat in der Trägerversammlung der Hamburger Arbeitsgemeinschaft SGB II (ARGE) seinen Einfluss mit dem Ziel geltend machen soll, die ARGE anzuweisen, alle in Hamburg nach dem SGB II Hilfebedürftigen durch ein allgemeinverständliches Anschreiben mit einem beigefügten Antragsformular darüber aufzuklären, dass seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 09.02.2010, unmittelbar gestützt auf das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes, in bestimmten Fällen zusätzliche Sonderbedarfsleistungen beantragt werden können. Ein gleichlautender Antrag war in der März-Sitzung der Bezirksversammlung Altona nach lebhafter Debatte mit den Stimmen von CDU, GAL und FDP abgelehnt worden.

### III. Politische Konsequenzen

DIE LINKE. als die eigentliche parlamentarisch wie außerparlamentarisch wirksame sozialpolitische Oppositionskraft kann sich durch das Hartz IV-Urteil des Bundesverfassungsgerichts bestätigt sehen. Sie sollte den damit verbundenen Zuwachs an politischer Glaubwürdigkeit dazu nutzen, in der jetzt anstehenden Debatte über die Höhe der Regelsätze, sich konsequent für eine deutliche Erhöhung stark zu machen. Bereits im Bundestagswahlprogramm hat DIE LINKE. gefordert: „Wir fordern für die nächste Wahlperiode die Anhebung auf 500 EUR monatlich. Danach soll der Regelsatz Jahr für Jahr zumindest in dem Maße wachsen, wie die Lebenshaltungskosten steigen. Perspektivisch setzen wir auf die Einführung einer bedarfsdeckenden und sanktionsfreien Mindestsicherung“. Die Forderung nach einer Erhöhung der Regelsätze muss damit einhergehen, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn zu fordern, der mit zunächst 10,00 EUR brutto pro Arbeitsstunde anzusetzen ist. DIE LINKE. sollte die Diskussion immer wieder dazu nutzen, die Abschaffung weiterer Ungerechtigkeiten, wie z.B. des Hartz IV- Sanktionssystems zu thematisieren. Anstelle der Ein-Euro-Jobs muss ein tarifgebundener öffentlicher Beschäftigungssektor geschaffen werden, der den LeistungsempfängerInnen eine wirkliche Perspektive für den ersten Arbeitsmarkt bietet.

Schließlich hat das Hartz IV–Urteil des Bundesverfassungsgerichts einmal mehr deutlich gemacht, dass sozialstaatliche Grundwerte in der Verfassung nicht ausreichend verankert sind. Der weite politische Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers, wie und in welchem Umfang er das menschenwürdige Existenzminimum zu gewährleisten hat, ist durch die Aufnahme eines sozialen Grundrechtskatalogs in die Verfassung näher zu bestimmen. Dann könnten die Verfassungsrichter ihr Wächteramt gegenüber der Sozialgesetzgebung noch konsequenter als bislang wahrnehmen.

Karsten Strasser ist Bezirksabgeordneter der LINKEN. in Altona und Rechtsanwalt

---

## BMV vom 29.4.: Wahlergebnisse und beschlossene Anträge

Als **Ersatzdelegierte** für den zweiten Bundesparteitag wurden gewählt:

**Christine Detamble-Voss** für Regina Jürgens sowie **Berno Schuckart** für Markus Schneider-Johnen.

## Frieden

Der letzte Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Hamburg hat sich am 17.4. mit großer Mehrheit für die Einarbeitung folgender Inhalte zum Thema Frieden in das Bundesprogramm der Partei ausgesprochen:

1. Keine Kriegseinsätze der Bundeswehr – sofortiger Abzug aller Bundeswehrtruppen aus Auslandseinsätzen
2. DIE LINKE. im Bundestag wird auch weiterhin jegliche Bundeswehreinätze (auch gem. UNO-Charta Kap. VII) ablehnen und sich für eine entsprechende Grundgesetzänderung einsetzen.
3. DIE LINKE. fordert ein Verbot des Exports militärischer Güter.
4. DIE LINKE. setzt sich für eine vollständige Konversion der Rüstungsindustrie ein, die eine Arbeitsplatz sichernde und ökologisch nachhaltige Produktion als Ziel hat. Hierzu muss eine umfassende Planung entwickelt werden, die die Konversion mit ökonomischen Anreizen verbindet.
5. DIE LINKE. strebt die vollständige Auflösung der Bundeswehr ohne Ersatz an.
6. DIE LINKE. setzt sich für die Schaffung eines mit ausschließlich zivilen Mitteln (ähnlich dem Kapitel VI der UNO-Charta) arbeitenden kollektiven Sicherheitssystems in Europa ein (Vorbild KSZE/OSZE).
7. DIE LINKE. setzt sich für eine umfassende Entmilitarisierung der Gesellschaft ein.
8. Eine Koalition zwischen der LINKEN und der SPD sowie allen anderen Bundestagsparteien ist abzulehnen, wenn sie die Zustimmung der Partei zur Bundeswehr und zum Krieg voraussetzt.

Vor diesem Hintergrund beschließt die Bezirksmitgliederversammlung:

Die Delegierten des Bezirks Hamburg-Mitte werden aufgefordert, Initiativen, Anträgen, Beschlüssen etc. die grundsätzlich von o. g. Positionen abweichen, nicht zuzustimmen.

### „Fragen eines lesenden Arbeiters“ auf das Parteiprogramm

Die Bezirksmitgliederversammlung begrüßt den Vorschlag von Oskar Lafontaine, den er auf der Gewerkschaftspolitischen Konferenz am 17. April in Bochum gemacht hat, auf das Deckblatt des neuen Parteiprogramms den Text von Brechts Gedicht „Fragen eines lesenden Arbeiters“ (s.u.) zu drucken.

Die Delegierten des Bezirks Hamburg-Mitte werden aufgefordert, den entsprechenden Antrag auf dem Bundesparteitag zu unterstützen.

Wer baute das siebentorige Theben?  
In den Büchern stehen die Namen von Königen.  
Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?  
Und das mehrmals zerstörte Babylon,  
Wer baute es so viele Male auf?  
In welchen Häusern  
Des goldstrahlenden Lima wohnten die Bauleute?  
Wohin gingen an dem Abend, wo die chinesische  
Mauer fertig war,  
Die Maurer? Das große Rom  
Ist voll von Triumphbögen. Über wen  
Triumphierten die Cäsaren? Hatte das vielbesungene  
Byzanz  
Nur Paläste für seine Bewohner?  
Selbst in dem sagenhaften Atlantis  
Brüllten doch in der Nacht, wo das Meer es verschlang,  
Die Ersaufenden nach ihren Sklaven.  
Der junge Alexander eroberte Indien.  
Er allein?

Cäsar schlug die Gallier.  
Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?  
Philipp von Spanien weinte, als seine Flotte  
Untergegangen war. Weinte sonst niemand?  
Friedrich der Zweite siegte im Siebenjährigen  
Krieg. Wer  
Siegte außer ihm?  
Jede Seite ein Sieg.  
Wer kochte den Siegeschmaus?  
Alle zehn Jahre ein großer Mann.  
Wer bezahlte die Spesen?  
So viele Berichte,  
So viele Fragen

**B. Brecht (zuerst veröffentlicht in: Das Wort, Moskau 1936)**

Ein weiterer Antrag zur Unterstützung des „Personalpakets“ für den Bundesparteitag fand keine Mehrheit.

## Fraktionsversammlungsklausur am 24./25.4.

Lange war sie terminiert, unsere Klausur im Elsa-Brandström-Haus. Und natürlich kamen dann andere Termine an diesem Wochenende, konkret die Menschenkette sowie die arbeitsmarktpolitische Konferenz der Bürgerschaftsfraktion und der Partei. Lange hatten wir diskutiert und uns letztlich doch dafür entschieden, die Klausur wie geplant durchzuführen. Wie man hörte und las, wurden Menschenkette wie Konferenz ja dennoch zu Erfolgen.

Insgesamt 17 Genossinnen und Genossen haben sich an der Klausur beteiligt. Vorbereitet von den Fraktionsmitgliedern haben wir von Samstagvormittag bis Sonntagmittag Bilanz gezogen und uns über Schwerpunkte der kommenden zwei Jahre verständigt. Im Zentrum werden die Stadtentwicklung und der Kampf gegen soziale Ausgrenzung und Armut stehen, ohne dass all die anderen Themen im Bezirk vernachlässigt werden dürften. Da werden wir bei den Fraktionsversammlungen der nächsten Monate eine Menge zu tun haben.

Am Samstagabend referierte Joachim Bischoff zum spannendsten Thema der kommenden Jahre, der Wohnungspolitik in Hamburg. Da werden wir angesichts der dramatischen Entwicklung aktiv werden müssen. Gleiches gilt für die Arbeitsmarktpolitik, zu der Renate

Hercher-Reis am Sonntagvormittag berichtete. Wichtig ist in jedem Falle, dass wir den Boden der Verankerung in den sozialen Bewegungen nicht verlassen. Da sind alle gefordert, die in irgendeiner Weise an der bezirklichen Politik beteiligt sind, sei es direkt in der Fraktion, in den Ausschüssen, den vielen Beiräten oder „nur“ in den Stadtteilgruppen.

Kern der konstruktiven Auseinandersetzung an beiden Tagen war aber die Diskussion über unser Selbstverständnis als linke ParlamentarierInnen im Spannungsfeld von Parteisoldatentum, Fundamentalopposition und Mitgestalten (auf Teufel komm raus?). Ohne den perfekten Konsens anzustreben haben wir viel übereinander gelernt und werden künftig besser wissen, wie der/die andere „tickt“. Das kann uns nur vorwärts bringen.

Am Sonntagnachmittag setzte die Fraktion das Gespräch mit dem Thema Zusammenarbeit im praktischen Alltag fort. Als Schlusspunkt wurden Christine Detamble-Voss und Bernhard Stietz-Leipnitz einstimmig als Fraktionsvorsitzende bestätigt, diesmal für zwei Jahre, d.h. bis zum Ende der Wahlperiode.

Bernhard Stietz-Leipnitz

---

## Schwarz-grüne Haushaltspolitik: Strangulierung der Bezirke

von Joachim Bischoff und Bernhard Müller

Die finanzielle Situation Hamburgs ist hundsmiserabel. Die Wirtschafts- und Finanzkrise führt bis 2013 zu dramatischen Steuerausfällen in Höhe von 6 Mrd. Euro. Da der Senat gleichzeitig an seinem Fable für Leuchtturmprojekte festhält, wächst der Schuldenberg Hamburgs bis 2013 auf mindestens 36 Mrd. Euro.

Der schwarz-grüne Senat ist angesichts dieser Konstellation zu einer Konsolidierungspolitik übergegangen, in dem falschen Glauben, damit aus der Schuldenfalle herauszukommen. Bis 2014 sollen strukturell 1,5 Mrd. Euro (bisher war bis 2013 von einem Sparvolumen von 1,15 Mrd. Euro die Rede) im Betriebshaushalt eingespart werden. Davon betroffen sind auch die Bezirke.

	2010	2011	2012	2013	2014	Gesamt
<b>Mitte</b>	<b>1.377</b>	<b>2.046</b>	<b>2.718</b>	<b>2.952</b>	<b>3.444</b>	<b>12.537</b>
Altona	1.014	1.508	2.002	2.175	2.537	<b>9.236</b>
Eimsbüttel	943	1.401	1.862	2.021	2.358	<b>8.585</b>
Nord	1.315	1.957	2.602	2.822	3.292	<b>11.988</b>
Wandsbek	1.220	1.815	2.412	2.617	3.053	<b>11.117</b>
Bergedorf	521	784	1.044	1.138	1.327	<b>4.814</b>
Harburg	778	1.158	1.542	1.680	1.960	<b>7.118</b>
<b>Bezirke</b>	<b>7.168</b>	<b>10.669</b>	<b>14.182</b>	<b>15.405</b>	<b>17.971</b>	<b>65.395</b>

Hamburg **180.000 270.000 320.000 360.000 400.000 1.530.000**

Die Bezirke sollen bis 2014 durch eine Mischung aus Leistungskürzungen, Rationalisierungen, Verkauf von Grundstücken und Gebührenerhöhungen insgesamt 65,4 Mio. Euro zur "Konsolidierung" beitragen. Dabei überlässt der Senat nichts dem Zufall. Oberster Sparkommissar ist der Finanzsenator, der durch ein striktes Controlling sicherstellt, dass die Bezirke ihrer "Pflicht" nachkommen.

Im Einzelnen sind geplant (pro Jahr):

- |   |               |
|---|---------------|
| • Auslagerung von Aufgaben (Schornsteinfeger, Überwachung, Privatisierung der Umweltberatung) | 1,1 Mio. Euro |
| • Verkauf von Grünflächen   | 0,1 Mio. Euro |
| • Verbesserte Steuerung (Finanzbuchhaltung, IT-Bereich)                                       | 1,1 Mio. Euro |
| • Erhöhung und Einführung von Gebühren  |               |
| ○ Gebührenerhöhungen+ neue Gebühren   | 4,9 Mio. Euro |
| ○ Erhöhung Sondernutzungsgebühren   | 1,4 Mio. Euro |
| ○ Baugebühren   | 3,1 Mio. Euro |
| • Vermehrte Buß- und Warngelder   | 0,8 Mio. Euro |
| • Kürzung von Zahlungen an Zuwendungsempfänger (aufsteigend)                                  | 0,1 Mio. Euro |
| • Senkung der Personalbudgets der Bezirke   | 0,2 Mio. Euro |
| • Benchmarking bei den Personalstückkosten  | 0,7 Mio. Euro |

Außerdem soll die Zahl der Sozialen Dienstleistungszentren und der Zentren für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt reduziert werden. Einsparung pro Zentrum: 100.000 Euro.

Da das alles noch nicht ausreicht, um den geforderter "Konsolidierungsbeitrag" zu erbringen, müssen die Bezirke weitere Vorschläge in Höhe von 15,4 Mio. Euro erbringen, um die vom Sparkommissar des Senats vorgegebenen Ziele zu erreichen.

Der Effekt dieser Konsolidierungspolitik ist

- erstens ökonomisch kontraproduktiv, weil die Kürzungen bei den Personal- und Sozialausgaben und die Gebührenerhöhungsorgie die Einkommen der Beschäftigten und der BürgerInnen schwächen,
- zweitens ein Beitrag zur Vertiefung der sozialen Spaltung, weil die öffentlichen Dienstleistungen, auf die gerade BürgerInnen mit schmalen Geldbeutel angewiesen sind, weiter eingeschränkt werden und
- drittens ein Beitrag zur weiteren Entdemokratisierung der Stadt, weil die Rechte der Bezirke massiv verletzt und sie zu Erfüllungsgehilfen einer falschen Senatpolitik degradiert werden. Das Versprechen des Senats, "die Kompetenzen der Bezirksverwaltung und der Bezirksversammlungen zu stärken und (...) deren Verantwortlichkeiten zu stärken" (Drucksache 2005/0747), war wohl nie mehr als eine leere Floskel.

Die autoritäre Entmachtung der Bezirke spielt auch an anderer Stelle der "Konsolidierungspolitik" des Senats eine gewichtige Rolle. So will Schwarz-Grün ab 2011 in "begrenztem Umfang" städtische Vermögenswerte mobilisieren, d.h. vor allem Grundstücke verkaufen. Zu diesem Zweck soll die undemokratische Praxis, über den Kopf der Bevölkerung und z.T. auch der Bezirksversammlungen hinweg, Bebauungspläne zu entwickeln, die dann zur Not per Evokation vom Senat durchgepeitscht werden, deutlich ausgeweitet werden. „Für diese Zwecke ist es erforderlich, Voraussetzungen für eine schnellere und zielgerichtetere Umsetzung der Vorhaben in den Bezirken zu schaffen. Dies schließt die Bestellung eines Koordinators für Wohnungsbau ein, die verstärkte Nutzung des Instruments der Vorbehaltsgebiete sowie eine Fachanweisung zur verstärkten verfahrensmäßigen und inhaltlichen Sicherung gesamtstädtischer Interessen in der verbindlichen Bauleitplanung.“ In der Praxis heißt das dann: Die „gesamtstädtischen Interessen“ definiert allein der Senat (siehe Wilhelmsburger Reichsstraße, Autobahndeckel etc.).

Dass der schwarz-grüne Senat in den Umfragen seine politische Mehrheit verloren hat, ist angesichts dieser Regierungspraxis keineswegs überraschend. Wer keinen Plan hat, wie Hamburg aus der Krise herauskommen kann, aus Verzweiflung in die Bildung von Sondervermögen flieht und die Staatsverschuldung unkontrolliert in die Höhe treibt, an finanziell völlig aus dem Ruder laufenden Projekten wie der Elbphilharmonie festhält und gleichzeitig die Kita-Gebühren erhöht und die Bezirke schröpft, muss sich nicht wundern, dass dieses perspektivlose, nur noch autoritär durchsetzbare schwarz-grüne Politikmanagement die Mehrheit der BürgerInnen nicht überzeugt.

## Ein ganz aktueller Seminartipp

Wochenseminar in Bad Malente zum Thema EU-Partner Deutschlands stellen sich vor:

### Länderseminar Griechenland. Ein Land zwischen Krise und Sorglosigkeit

**Seminarbeginn:** 31.05.2010, 11:00 Uhr

**Seminarende:** 04.06.2010, 14:00 Uhr

**Teilnahmebeitrag:** 125 €

Zum Inhalt des Seminars teilt die Gustav Heinemann Bildungsstätte (Schweizer Straße 58, 23714 Bad Malente · Fon: 04523 - 88 09 70 · Fax: 04523 - 88 09 728) mit: "Griechenland : vielen Deutschen fallen dazu kulinarische Produkte ein: Souflaki, Zaziki, Gyros, Retsina, Feta, Ouzo, Olivenöl. Wenig und Wenigen bekannt ist die heutige griechische gesellschaftliche und politische Kultur. Wir heißen Sie herzlich Willkommen zu einem Streifzug durch die griechische Geschichte und das wechselvolle deutsch-griechische Verhältnis. Wirtschaft, Krisenauswirkungen, Kultur und die (partei-)politische Landschaft werden dabei genauso unter die Lupe genommen wie die bisherige und künftige Funktion des Landes in der Europäischen Union. Außerdem werden wir die Rolle des noch immer geteilten Zyperns und das in der Vergangenheit häufig spannungsgeladene Verhältnis von Griechenland und der Türkei beleuchten". Topaktuell, heißt es doch vielfach in der veröffentlichten Meinung, „der Grieche“ wolle nur an unser Geld...

Und weil's Spaß macht sich zu bilden und es um eine unserer „Quellparteien“ geht, sei Euch

gleich noch ein Wochenendseminar dort ans Herz gelegt:

### Was bleibt? Wie 68 die Republik verändert hat

**Seminarbeginn:** 11.06.2010, 18:00 Uhr

**Seminarende:** 13.06.2010, 15:00 Uhr

**Teilnahmebeitrag:** 90 €

Das 40. Jubiläum von 1968 liegt hinter uns. Es war geprägt von widersprüchlichen, zum Teil feindseligen Positionen über die 68er und ihre Folgen für die Gegenwart. Sie haben die Bundesrepublik von einer formalen erst in eine wahre Demokratie verwandelt und die freie, pluralistische Gesellschaft von heute ermöglicht, sagen die einen. Andere machen sie für einen allgegenwärtigen Egoismus, die Auflösung traditioneller familiärer sowie religiöser Bindungen und eine hedonistische Spaßgesellschaft verantwortlich.

Wie haben sich Gesellschaft, politische Kultur und Parteien unter dem Einfluss von SDS, Kommune I und Sit-Ins verändert? Haben Sie uns tatsächlich mehr gebracht als scheinbar grenzenlosen Konsum, Ellbogengesellschaft und allgegenwärtigen Sex? Jetzt, nach den Aufregungen des Jubiläums ist es Zeit für eine differenzierte Bewertung (aus dem Einladungstext).

Näheres zu beiden Veranstaltungen auch unter [www.heinemann-bildungsstaette.de](http://www.heinemann-bildungsstaette.de)

Volker Honold, St. Georg

**Dienstag, 11. Mai 2010, 11-19 Uhr,**

### Verboten – verbrannt – vergessen?

#### Mai 1933 – Zuerst brannten die Bücher...

Marathon-Lesung aus den verbrannten Büchern:

*Lesen Sie mit! Ein Gedicht, einen Text aus einem der verbrannten Bücher. für Kurzent-schlossene liegen ausgewählte Lesetexte bereit. Einfach nur zuhören kann man selbstverständlich auch.*

Gedenkplatz der Bücherverbrennung am Isebek-Kanal,  
Kaiser-Friedrich-Ufer/Ecke Heymannstraße  
(Metrobus 4)

<http://www lese-zeichen-hamburg.de/>

**Dienstag, 1. Juni 2010, 19.30 Uhr** im Haus der Grauen Panther Hamburg e.V., Lerchenstr. 37:

### Von Pfeffersäcken und Kinderarmut - Hamburg, die gespaltene Stadt

Diskussionsveranstaltung mit Horst Bethge, Mitglied DIE LINKE. Landesvorstand Hamburg und AG Wirtschaft & Finanzen

Veranstalterin: DIE LINKE. St. Pauli

## 65 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus: Demokratie, zivile Entwicklung und nie wieder Krieg!

*„Unsere Zusage an das afghanische Volk gilt. Wir wollen dieser geschundenen Nation helfen, ihr Land zu befrieden, und dies dient unserer eigenen Sicherheit. ... Die Frage nach dem Sinn bleibt zurück. Die Antwort hat auch mit uns selbst zu tun – einer Gesellschaft, in der auch bequemes beiseite Stehen verbreitet ist, einer Gesellschaft, in der für Viele Worte wie „Dienen“, „Dienst“ oder „Tapferkeit“ für überkommene, altmodische Begriffe gelten.“*

*Kriegsminister Guttenberg, aus Anlass einer Trauerfeier für getötete Soldaten, 24. April 2010*

*„Jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen. Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten. ... Bei der Organisation des deutschen Wirtschaftslebens ist das Hauptgewicht auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf (Verbrauch) zu legen.“*

*Potsdamer Abkommen, 2. August 1945*

Im Mai 1945 nahm die Rote Armee Berlin ein und trug damit im Verbund mit den Alliierten des Zweiten Weltkrieges maßgeblich zur Befreiung Deutschlands vom Faschismus bei. Dem zuvor gegangen war ein Weltkrieg, der das Leben von über 50 Millionen Menschen gekostet hat, davon über 20 Millionen Sowjet-Bürger. Dieser Weltkrieg und die damit einhergehende faschistische Barbarei wurde mit einer Ideologie durchgesetzt, welche die Gleichheit aller Menschen leugnete um die Ausbeutung „minderwertiger Rassen“ zu ermöglichen. Angefangen mit dem gleichen Recht aller Menschen auf Leben in den Zehn Geboten, über die rechtliche Gleichheit aller Menschen des bürgerlichen Liberalismus bis hin zur sozialen Gleichheit aller Menschen in der Sowjetunion - dies alles musste vernichtet werden um dem Kapital einen verheerenden Raubzug zu ermöglichen, dafür hatte jedes Mitglied der „deutschen Volksgemeinschaft“ zu dienen.

Als Schlussfolgerung aus dem Niederringen des Faschismus vereinbarten die Alliierten nach Kriegsende im Potsdamer Abkommen die als „5 D's“ bekannt gewordenen Punkte:

**Denazifizierung:** *Die faschistische Ideologie sollte aus den Köpfen verbannt werden – Nazis sollten aus der gesellschaftlichen Tätigkeit entfernt werden und ihr Gedankengut nie wieder verbreiten können.*

**Demilitarisierung:** *Der deutsche Militarismus, welcher die beide Weltkriege zu verantworten hatte, sollte beseitigt werden, deutsche Armee und Rüstungsindustrie vollständig abgebaut werden. Nie wieder sollte vom deutschen Boden Krieg ausgehen.*

**Demokratisierung:** *Das gesellschaftliche Leben sollte auf demokratischer Grundlage neu gestaltet werden.*

**Dezentralisierung:** *Monopole und Großkon-*

*zerne sollten zerschlagen werden, damit es nie wieder zu einer exzessiven Konzentration von Macht kommt.*

**Demontage:** *Der deutsche Staat und die deutsche Wirtschaft, welche vom faschistischen Raubzug profitiert hatten, sollten für die unvorstellbaren Verwüstungen in Osteuropa Reparation leisten, sowie Geraubtes zurückgeben. Ebenso sollte die deutsche Schwerindustrie, welche die Basis der Rüstungsindustrie bildete, abgebaut werden.*

65 Jahre nach dem Ende des Faschismus hält Guttenberg es für falsch, dass 1945 militaristisches Gedankengut auf den Scheiterhaufen der Geschichte geworfen wurde, „unser“ Kriegsminister fordert stattdessen wieder eine gesellschaftliche Achtung des Militarismus ein. Man solle nicht „feige“ sein und gefälligst der „Sicherheit“ Deutschlands dienen. Durch solche Sprache sollen die dahinter steckenden ökonomischen Interessen verschleiert werden – es sind die Interessen von Wenigen und nicht die der gesamten Gesellschaft.

Seit über 40 Jahren herrscht in Afghanistan Krieg, ein Krieg der, angefangen von Zbigniew Brzezinski (unter US-Präsident Carter) bis zur heutigen Kriegsbeteiligung der Bundeswehr, von außen in das Land getragen wird. Dieser Krieg muss beendet, alle Truppen abgezogen und für Kriegsschäden Reparationen geleistet werden. Nicht nur für Afghanistan stünde die Konversion von Rüstungs- in zivile Produktion dringend an, hier und weltweit können viele Menschen nach wie vor nur eingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Weltweit gilt, gesellschaftliche Ressourcen zum Wohle der gesamten Gesellschaft zu nutzen und weiterzuentwickeln – im Interesse Aller.

*Flugblatt der AG Frieden und Abrüstung zum 8. Mai*

## Termine in (und für) Mitte

**Dienstag, 11.5., 11-19 Uhr,**

**Verboten – verbrannt – vergessen?**  
Mai 1933 – Zuerst brannten die Bücher...  
**Marathon-Lesung** (s. S. 9)  
Platz der Bücherverbrennung  
Kaiser-Friedrich-Ufer/Ecke Heymannstraße  
(Metrobus 4)  
<http://www lese-zeichen-hamburg.de/>

**Dienstag, 11.5., 20 Uhr**

**Öffentliches Treffen der „Finkenlinken“**  
in **Finkenwerder** in der „Baustelle“,  
Sandhöhe 11

**Samstag/Sonntag, 15./16.5.**

**2. Bundesparteitag in Rostock**

**Mittwoch, 19.5., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe Hamm/Horn/ Borgfelde** (HaHoBo)  
Büro Borgfelder Str. 83

**Mittwoch, 19.5., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe Wilhelmsburg/V.**  
Fraktionsbüro, Georg-Wilhelmstr.7a

**Mittwoch, 19.5., 19:30 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg,**  
GW/Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

**Donnerstag, 20.5., 16 Uhr**

**Fraktionssitzung**  
Fraktionsbüro, Borgfelder Str. 83

**Dienstag, 25.5., 18:30 Uhr**

**Die Krise in Griechenland** (s. S. 3)  
Bildungsveranstaltung mit J. Bischoff  
Georg-Asmussen-Haus (Saal)  
Böckmannstraße 3/ St. Georg

**Mittwoch, 26.5., 19 Uhr**

**Bezirksmitgliedertreffen** (s. S. 1)  
Fraktionsbüro, Borgfelder Straße 83

**Donnerstag, 27.5., 17:30 Uhr**

Sitzung der **Bezirksversammlung**  
(öffentlich)  
Klosterwall 4 Block B, Sitzungssaal

**Juni**

**Dienstag, 1.6., 19:30 Uhr**

**Von Pfeffersäcken und Kinderarmut - Ham- burg, die gespaltene Stadt**  
Diskussionsveranstaltung mit Horst Bethge  
Haus der Grauen Panther HH e.V., Lerchenstr. 37

**Mittwoch, 2.6., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe Wilhelmsburg/V.**  
Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestr. 20

**Mittwoch, 2.6., 19:00 Uhr**

**Bezirksvorstand**  
Fraktionsbüro, Borgfelder Straße 83

**Mittwoch, 16.6., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe Hamm/Horn/ Borgfelde** (HaHoBo)  
Büro Borgfelder Str. 83

**Mittwoch, 16.6., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe Wilhelmsburg/V.**  
Fraktionsbüro, Georg-Wilhelmstr.7a

**Mittwoch, 16.6., 19:30 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg,**  
GW/Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite  
der Partei: [www.die-linke-hh.de](http://www.die-linke-hh.de)

## Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Festnetz

Handy

Mail

Bezirksvorstand:	Festnetz	Handy	Mail
<b>Anna Arthur</b>	040 22 75 84 84		A.Arthur@gmx.net
<b>Verena Brachvogel</b>	040 439 77 01		Verena.Brachvogel@gmx.de
<b>Tilman Rosenau</b> (Mittenmang)	040 713 49 21		Tilman.Rosenau@tele2.de
<b>Tony Schinkowski</b>	040 41 16 90 09		ts@best-side.de
<b>Christine Wolfram</b> (Schatzmeisterin)	040 754 55 85		christinewolfram@alice-dsl.de
<i>nachrichtlich:</i>			
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur Mittenmang)	040 24 57 40		stietz-leipnitz@t-online.de
Landesgeschäftsstelle Martin Wittmaack	040 389 21 64		geschaeftsstelle@die-linke-hh.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08		geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

**Spendenkonto:** DIE LINKE. BV Hamburg-Mitte, Konto 852 539 206, Postbank Hamburg BLZ 200 100 20